

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 4/2010

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Dezember 2010 / Januar 2011

SPD stimmt für 100-Millionen-Euro Investition

Nach der Ratsentscheidung darf die Volksbank das ehemalige Postgelände umbauen

Mehr als zehn Jahre lag das ehemalige Postgelände am Braunschweiger Hauptbahnhof brach und verfiel zu einem Schandfleck im Stadtbild. Ende der neunziger Jahre verhöckerte nämlich die Deutsche Post das Gelände an einen amerikanischen Hedgefonds, der offenbar nur das Interesse hatte, mit der Immobilie auf dem Finanzmarkt zu spekulieren. Zahlreiche Bestrebungen verschiedener Projektentwickler, das Postgelände für andere Zwecke umzugestalten, scheiterten. Oft fehlten ihnen die Gelder für die notwendigen Investitionen. Der Volksbank Braunschweig-Wolfsburg ist es aber jetzt gelungen, dem Hedgefonds das ehemalige Postareal abzukaufen.

Die Bank will auf dem Gelände ein 28.500 Quadratmeter großes Fachmarktzentrum errichten und zusammen mit der Braunschweiger Arge Büroflächen im „Toblerone“-Hochhaus beziehen. Das ambitionierte 100-Millionen-Euro-Projekt musste aber zunächst vom Rat der Stadt bewilligt werden, weil für das Vorhaben der Flächennutzungs- und Bebauungsplan geändert und das Zentrenkonzept ergänzt werden müssen. Die SPD stand bei den politischen Beratungen besonders im Fokus, denn Jürgen Brinkmann, Vorstandsmitglied der Volksbank, machte im Vorfeld deutlich, dass die Bank das Projekt nur im Falle einer breiten Zustimmung von Seiten der Parteien im Rat realisieren würde. „Wir haben vor unserer Entscheidung das Vorhaben der Volksbank ausgiebig und



Vision vom BraWo-Park bei Nacht. Die Neu-Entwicklung des Postareals kann nach den Ratsbeschlüssen jetzt beginnen. Die Unterbringung von Volksbank und ARGE an dieser Stelle wurde und wird von uns nachhaltig unterstützt.

Entwurf / Visualisierung: Varnhorn + Stindt Architekten www.varnhorn-stindt.de

kritisch in der Fraktion diskutiert“, erzählt Mathias Möreke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD.

Während CDU und FDP ihre zustimmenden Haltungen quasi nur an den Empfehlungen der Braunschweiger Industrie- und Handelskammer festmachten, knüpfte die SPD-Ratsfraktion ihre Zustimmung zum Projekt an bestimmte Forderungen, die in der Beschlussvorlage dann auch berücksichtigt wurden:

► So sollen Stadt und Investor prüfen, ob bislang für Einzelhandel vorgesehenen Flächen nicht auch ein Kongresshotel mit angeschlossenen Kongresszentrum auf 5000 Quadratme-

tern wirtschaftlich sinnvoll darzustellen ist.

► Sollte die Volksbank wider erwarten mit dem Projekt scheitern, hätte die Stadt zudem jetzt ein Vorkaufrecht, um das Gelände notfalls in eigener Regie weiter zu entwickeln.

► Wichtig war der SPD aber auch, so Mathias Möreke, dass der Handel in der Innenstadt nicht durch Kaufkraftabzug gefährdet wird. Gemäß dem Zentrenkonzept soll in dem zukünftigen Fachmarktzentrum deshalb weitestgehend nur Einzelhandel angesiedelt werden, der nicht direkt in Konkurrenz zum Handel in der Innenstadt steht.

Während der Ratssitzung betonte Möreke, dass das Projekt der Volksbank eine Magnetwirkung haben wird, die den Finanzdienstleistungssektor in der Region stärkt und Arbeitsplätze sichert und schafft. Braunschweig bietet der Bank so alle gewünschten Entwicklungsmöglichkeiten. Die wachsende Verwaltung und die Mitarbeiter können in einem großen Gebäude untergebracht werden.

Letztlich stimmten SPD, CDU, FDP und die Linke für das Projekt der Volksbank, die Grünen enthielten sich und die Bibs lehnten das Projekt ab. Unterdessen wachsen jetzt Hoffnungen, dass die Deutsche Bahn Geld in die Hand nimmt, um den maroden Hauptbahnhof aufzuwerten. So schnell wie das Vorhaben der Volksbank wird aber eine Sanierung des Bahnhofs vermutlich nicht umgesetzt werden.

„RegionalBahn-Konzept ist eine Mogelpackung“

■ Der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) hat die Pläne für die „RegioStadtBahn“ auf Eis gelegt. Er will nun den regionalen Schienenverkehr ausbauen und modernisieren. Das neue „RegionalBahn“-Konzept stößt in der SPD Braunschweig aber schon jetzt auf Kritik. SPD-Mitglied Eike Sören Bolle, der „Mobilität & Verkehr“ an der TU Braunschweig studiert, findet, dass bei Bahnkonzepten ein Grundprinzip gelten muss: „Man muss die Bahn zu den Menschen bringen und nicht die Menschen zur Bahn.“ Es müsse eine umsteigefreie Verbindung von der Region in die jeweiligen Stadtzentren geben.

Genau dieses Prinzip wurde im neuen Konzept „RegionalBahn“ nicht bedacht, kritisiert William Labitzke, Sprecher des Arbeitskreises Klimaschutz und Energie. Besorgt zeigte sich SPD-Ratsfrau Nicole Palm über mögliche Folgen des Scheiterns der RegioStadtBahn. „Viele Ausbau- sowie Umspurungsprojekte des Braunschweiger Straßenbahnnetzes sind eng gekoppelt mit der Verwirklichung der RegioStadtBahn.“ So stehen der Ausbau der Gleisanlagen am John-F.-Kennedy-Platz, am Hagenmarkt und der Hamburger Straße auf der Kippe. Labitzke und Palm betonen, dass sich die SPD Braunschweig weiterhin für die Verwirklichung der RegioStadtBahn einsetzen will.

SPD unterstützt Bürgerumfrage zum Eintracht-Stadion



Grafik: SCHULITZ + PARTNER ARCHITEKTEN BDA + INGENIEURE

■ Für eine Überraschung sorgte die CDU Anfang November mit ihrem Vorstoß, die Bürger Braunschweigs über die Zukunft des Eintracht-Stadions abstimmen zu lassen. Es geht um die 16 Millionen Euro teure Modernisierung der Haupttribüne, den Einbau von VIP-Logen, Verwaltungsräumen und Gastronomie. Dabei hatte Oberbürgermeister Hoffmann ein Jahr zuvor das Projekt aus Kostengründen auf Eis gelegt. „Am Beispiel von Stuttgart 21 müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir gerade bei emotional diskutierten Themen den Bürgerwillen nicht außen vor lassen können“, rechtfertigte sich nun CDU-Fraktionschef Seehrt in der Braunschweiger Zeitung.

„Offenbar fürchtet sich die CDU schon jetzt vor der Kommunalwahl 2011“, sagt SPD-

Fraktionschef Manfred Pesditschek und wirft der Union Populismus vor: „Wenn die CDU sich tatsächlich für die Meinung der Bürger interessieren würde, hätte sie solche Befragungen auch zum Spaßbad-Projekt an der Hamburger Straße und zum Bau der Schlosarkaden am Bohlweg veranlassen können.“ Schließlich seien diese Projekte auch sehr emotional diskutiert wurden. Die Umfrage zum Stadion sei der Versuch der CDU, so Pesditschek, verloren gegangene Sympathien beim Wähler zurück zu gewinnen.

Entsprechend kontrovers wurde der CDU-Vorstoß auch im Rat diskutiert. Am Ende stimmte auch die SPD einer Bürgerbefragung am 6. Februar 2011 zu. „Die SPD hat sich im Gegensatz zur CDU schon immer für mehr Bürgerbeteiligung stark gemacht“, erklärt Pes-

ditschek, deswegen befürworte sie jetzt auch diese Umfrage. „Weil wir den Bürgerwillen respektieren, wollen wir den Bürgern nun auch nicht vorschreiben, für oder gegen den Ausbau des Stadions zu stimmen“, so Manfred Pesditschek weiter. Die neutrale Haltung jetzt stehe deshalb auch nicht im Widerspruch zu früheren SPD-Positionen.

In den vergangenen Jahren sprach sich die SPD Braunschweig stets für einen Ausbau des Stadions aus. Ausschlaggebend hierfür war stets die Ansicht, dass Braunschweig als zweitgrößte Stadt Niedersachsens ein modernes Stadion braucht, in dem neben Fußballspielen auch andere Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung stattfinden können, wie etwa die deutsche Leichtathletikmeisterschaft oder große Konzerte.

Machterhalt auf Kosten der Demokratie

■ Ein Blick in aktuelle Umfragen zur politischen Stimmung in Deutschland macht deutlich, dass CDU und FDP in den Ländern und im Bund schweren Zeiten entgegengehen. Aus Angst vor Wahlniederlagen greift das schwarz-gelbe Lager jetzt in Niedersachsen auf demokratisch fragwürdige Mittel zum Machterhalt zurück: Im Schweinsgalopp ändern sie Kommunalverfassungsrecht und -wahlrecht zu ihren Gunsten, denn 2011 wird in den niedersächsischen Kommunen gewählt.

CDU und FDP haben sich darauf geeinigt, Stichwahlen bei der Wahl von Bürgermeistern und Landräten abzuschaffen und viele Wahlbereiche erheblich zu vergrößern.

Die SPD-Opposition im Niedersächsischen Landtag wird die Vorhaben von CDU und FDP zwar nicht verhindern können, aber sie hat sich vorgenommen Bürger und Kommunen über

die massiven Folgen zu informieren. „Die Abschaffung der Stichwahl und die Erweiterung der Wahlbereiche sind deutliche Zeichen eines politischen Kuhhandels zwischen CDU und FDP“, kritisierte Bachmann.

Der Verzicht auf die Stichwahl bedeute, so der Landtagsabgeordnete weiter, dass zukünftig ein Bürgermeister mit einer unterhalb der absoluten Mehrheit liegenden Stimmenzahl gewählt werden könne. Von einer breiten demokratischen Legitimation könne dann keine Rede mehr sein. Die größeren Wahlbereiche führten wiederum dazu, dass es extremistische oder kleine Parteien - wie die FDP - nun deutlich einfacher hätten, flächendeckend gültige Kandidatenlisten einzureichen.

In einer Stellungnahme kommt der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ zu dem Schluss, dass „zukünftig Bürgermeister und Landräte ins

Amt kommen, die nicht von der Mehrheit der Wahlberechtigten getragen werden. Außerdem konnte sich in 26 von 82 Stichwahlen im Jahr 2006 der beim ersten Wahlgang Zweitplatzierte durchsetzen.“

Auf kräftige Gegenwehr aller Kommunen im Land setzt Klaus-Peter Bachmann bei der von CDU und FDP geplanten Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Die Einschränkungen könnten bewirken, dass Städte und Gemeinden ihre Beteiligungen an Verkehrsbetrieben, Krankenhäusern, Energieversorgern oder Müllentsorgern privaten Unternehmen überlassen müssten. „Wer in Zeiten, in denen die kommunale Handlungsfähigkeit ohnehin massiv bedroht ist, Städten, Kreisen und Gemeinden auch noch jede Möglichkeit zum Wirtschaften versagt, betreibt eine kommunalfeindliche Politik“, findet Bachmann.

Schwarz-Gelb lässt Langzeitarbeitslose im Stich

■ Immerhin 20 Prozent der Langzeitarbeitslosen in Braunschweig finden jährlich einen Weg zurück in reguläre Beschäftigung - weil sie sich in Ein-Euro-Jobs engagieren und Fortbildungsmaßnahmen der Arge nutzen. Damit ist jetzt Schluss. Die Bundesregierung kürzt die Mittel für Arbeitsmarktpolitik radikal zusammen, der Beschäftigungsbetrieb der Stadt Braunschweig steht vor dem Aus.

Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat im Rahmen des Sparpakets den Rotstift bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik angesetzt. Die Mittel werden von 6,6 Milliarden Euro in 2010 um ein Fünftel auf 5,3 Milliarden Euro in 2011 heruntergefahren. „Die Bundesregierung macht Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage“, findet Carola Reimann. Dafür bezahlen müssten die am schwierigsten zu vermittelnden Arbeitslosen, erklärt die Braunschweiger SPD-Bundestagsabgeordnete. Bei ihnen kürze man die Mittel einfach um 20 Prozent, auch wenn es massiven Widerspruch von Opposition, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen gebe.

Das unverantwortliche Handeln von Schwarz-Gelb, so Reimann, wird vor Ort ganz konkrete Auswirkungen haben: Der Braunschweiger Arge werden voraussichtlich sieben Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als bisher. „Das sind fast 30 Prozent des bisherigen Budgets“, empört sich die Bundestagsabgeordnete. Vor den Folgen für



Gabriele Hübner, sozialpolitische Sprecherin der SPD im Rat der Stadt.

Braunschweig warnt auch Gabriele Hübner, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion: „Schwer vermittelbare Personen werden zukünftig noch weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz haben.“ Darüber hinaus werde durch diese Maßnahmen die Zahl der Arbeitslosen ansteigen, was wiederum zu Lasten der Stadt Braunschweig geht, da hier zusätzliche Kosten entstünden.

Zukünftig kann die Braunschweiger Arge nur noch Maßnahmen anbieten, die nicht viel kosten, erklärt Gabriele Hübner. Konkret bedeute dies, dass verschiedene

Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose wegfallen: Dazu gehören vermutlich Stellen in der Gärtnerei sowie die Hälfte aller Stellen im Beschäftigungsbetrieb der Stadt. Die Existenz der Aktion Brückenbau, die für psychisch beeinträchtigte Personen wichtig ist, und das Möbelkontor sind ebenfalls bedroht.

Die SPD-Ratsfraktion fordert die Stadt Braunschweig dazu auf, gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zu protestieren. „Außerdem wollen wir, dass die Trägerversammlung der Arge sorgsam mit den Kürzungen umgehen wird“, betont Gabriele Hübner. Langzeitarbeitslose seien auch zukünftig auf Beschäftigungsmöglichkeiten angewiesen, die nicht in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt stehen, aber dennoch einen gesellschaftlichen Nutzen erbringen.

Dafür kämpft auch die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Carola Reimann in Berlin. „Das Motto muss lauten: Perspektiven schaffen statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren“, findet Reimann. Die von Schwarz-Gelb zusammengestrichene Arbeitsmarktpolitik verbaue Chancen und verfestige Armut. Dabei stellt Reimann klar: „Auch die SPD steht für Haushaltssanierung und die Einhaltung der Schuldenbremse.“ Strittig sei nicht, ob gespart wird, sondern wo und zu wessen Lasten. Die SPD-Bundestagsfraktion sei gegen eine Politik, die die Einsparungen im Haushalt allein den schwachen Schultern auflädt.

Hybridbusse auch für Braunschweig?

Stuttgarter Personennahverkehr setzt auf Elektromobilität

■ Lautlos, sparsam und CO₂-frei durch die Innenstadt – vor kurzem übernahmen die Stuttgarter Straßenbahnen (SSB) ihre ersten Linienbusse mit einem kombiniertem Elektro- und Dieselantrieb. William Labitzke war bei der Übergabe der ersten drei Hybridbusse an die Verkehrsbetriebe der Baden-Württembergischen Landeshauptstadt mit dabei und konnte so einen Einblick in diese energiesparende Mobilitätstechnologie im Praxiseinsatz bekommen.

„Hier in Stuttgart können wir sehen, wie ein zukünftiger Beitrag zur Treibstoffreduktion seitens der Verkehrsbetriebe aussehen kann“, so William Labitzke, Sprecher des Arbeitskreises Klimaschutz und Energie der SPD Braunschweig. Die SSB setzt zukünftig Busse mit serieller Hybridtechnologie ein. Dabei handelt es sich um einem Elektroantrieb über vier elektrische Radnabenmotoren, die

von einer Lithium-Ionen-Batterie gespeist werden. Bei Bedarf aktiviert sich ein Dieselmotor als Generator, um die Batterien aufzuladen. So fahren die Busse bei niedrigen Geschwindigkeiten, wie im Haltestellen- und Innenstadtbereich, im Elektroantrieb. Erst bei höheren Geschwindigkeiten schaltet sich dann der Dieselmotor hinzu. Bei normalem Stop-and-Go-Fahrten im innerstädtischen Bereich kann zudem die Bremsenergie als elektrische Energie gespeichert werden.

Die Stuttgarter Straßenbahnen erhofft sich bei ihren neuen Hybridbussen Treibstoffeinsparungen von bis zu 30 Prozent. Bei Verbrauchswerten von 60 Liter Kraftstoff auf 100 Kilometer bei normalen Dieselnbussen werde sich die Anschaffung schnell lohnen. So sollen sich die Mehrkosten der Busse von rund einer halben Million Euro im Vergleich zu einem Dieselmotormodell – bei moderatem

Anstieg des Dieselpreises – bereits nach etwa sechs bis acht Jahren amortisiert haben. Netter Nebeneffekt für Stuttgart: Der Bund versüßte den Kauf der Hybridbusse im Rahmen des Elektro-Mobilitäts-Forschungsprogramms mit rund 1,3 Millionen Euro.

„Die Region Braunschweig sollte als große Mobilitätsregion wie Stuttgart auch eine Vorreiterrolle einnehmen und auf die Entwicklung umweltfreundlicher und nachhaltiger Mobilitätstechnologien setzen“, so Labitzke. Auch wenn die Region Braunschweig nicht in das Elektro-Mobilitäts-Forschungsprogramm der Bundesregierung aufgenommen wurde, müsse die heimische Politik eine ähnliche Initiative vor Ort schaffen. So ließen sich die Mobilitäts-Kompetenzen von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Wirtschaft in der Region gezielt einbinden.

SPD will Kitas zu Familienzentren ausbauen

Die Bekämpfung von Armut, unter der vor allem auch viele Kinder in Braunschweig leiden, ist für die SPD eine Herzensangelegenheit. Nach dem Parteitag 2009 gründeten Christoph Bratmann und Jörg Hitzmann, beide Vorstandsmitglieder der SPD, einen Arbeitskreis, der sich mit der Armutsproblematik auseinandersetzt. Mit Christoph Bratmann führte die Volksfreundredaktion jetzt ein Interview.

Volksfreund: Was versteht man unter Armut?

Bratmann: Hierzulande beschäftigen wir uns mit „relativer Armut“ und nicht mit „absoluter (existenzbedrohender) Armut“, wie man sie aus Entwicklungsländern kennt. Das bedeutet, dass arme Kinder in Deutschland in der Regel mit ausreichend Nahrung und Kleidung sowie einer Unterkunft und einem Schulplatz versorgt sind. Dennoch stellt auch die relative Form der Armut für die Betroffenen ein massives Problem dar. Die Ursache von Armut ist in der Regel ein so geringes Familieneinkommen, dass zusätzlich sozialstaatliche Leistungen zur Existenzsicherung bezogen werden müssen.

Wer ist in unserer Stadt von Armut betroffen?

In Braunschweig lebten zu Jahresbeginn 7763 Kinder und Jugendliche im Alter von 0-19 Jahren in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II (meist Arbeitslosengeld II), was einem Anteil von 19,1% aller Kinder dieser Altersgruppe entspricht. Im westlichen Ringgebiet liegt dieser Anteil mit über 40% am höchsten. Armutserfahrungen von Kindern lassen sich aber nicht nur an der finanziellen Ausstattung von Familien bemessen, sondern sie haben ein vielseitiges Gesicht: Neben der geringeren materiellen Versorgung haben arme Kinder oft ein höheres Krankheitsrisiko und schlechtere Bildungschancen. Zudem sind sie meist größeren psychischen Belastungen ausgesetzt und erleben soziale Ausgrenzung.

Was kann die Stadt tun, um Kinderarmut zu bekämpfen?

Auf kommunaler Ebene können die Ursachen von Kinderarmut nur in begrenztem Maße bekämpft werden, weil sie meistens mit der Entwicklung der Wirtschaft zu tun haben. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt dabei maßgeblich von der Politik von Bund und Land ab. Dennoch hat auch die Stadt Möglichkeiten, Kinderarmut zu bekämpfen: Sie kann spezielle Bildungsangebote machen und Präventions- und Hilfsangebote schaffen.

Was fordert die SPD konkret?

Hierzu fordert die SPD schon lange, dass Kindertagesstätten verstärkt zu Familienzen-



Christoph Bratmann, Vorstandsmitglied der SPD-Braunschweig

tren umgewandelt werden. So können soziale Problemlagen vor Ort besser aufgefangen werden. Die Zentren sind zudem ein Ort für Elternbildungs- und Beratung. Darüber hinaus müssen die Ganztagsangebote in Kindertagesstätten und Schulen ausgebaut werden, damit die Versorgung mit gesundem Essen gewährleistet ist. Auch der Zugang zu kulturellen und sportlichen Angeboten soll für von Armut betroffene Kinder erleichtert werden.

Herr Bratmann, wir bedanken uns für das Gespräch.

Schüler begleiten Abgeordnete

Seit 1998 führt der Niedersächsische Landtag das Projekt „Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete“ durch. Auch in diesem Schuljahr können sich Braunschweiger Schüler der Sekundarstufe II beim SPD-Landtagsabgeordneten Klaus-Peter Bachmann für eine einwöchige Hospitation anmelden. Sie lernen die Aktivitäten und Aufgaben eines Abgeordneten kennen und begleiten Bachmann im Landtag und im Wahlkreis.

Anmeldungen für das Projekt „Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete“ nimmt Bachmann jederzeit entgegen.

Kontakt: SPD Unterbezirk Braunschweig, z.H. Eva Voges, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig, Tel: 0531 / 480 98 21, E-Mail: info@bachmann-mdl.de,

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

Die Braunschweiger SPD-Abgeordneten bieten in Geschäftsstelle in der Schloßstraße 8 regelmäßig Bürgersprechstunden an. Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind:

► Dr. Carola Reimann, MdB:

- Mi., 12. Jan., von 10 – 18 Uhr
- Do., 17. März., von 10 – 18 Uhr
- Di., 29. März., von 10 – 18 Uhr

► Klaus-Peter Bachmann, MdL:

- Do., 13. Jan., ab 14.30 Uhr
- Do., 10. Feb., ab 14.30 Uhr
- Do., 10. März., ab 14.30 Uhr

Jeden Donnerstag um 16 Uhr:

SPD-Bürgersprechstunde im Rathaus

Jede Donnerstag – mit Ausnahme der Schulferien – steht den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitglied der SPD-Ratsfraktion für ein Gespräch in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Rathaus-Altbau, Zimmer A1.51, von 16 – 17 Uhr zur Verfügung. Eine Anmeldung ist möglich telefonisch unter 470-2211.

Weitere Informationen im Internet unter: www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de.



Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP), Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.12.2010

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 43 500 Ex.

Bankverbindung/

Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 100 600 1200, BLZ 270 101 11

